## Zusammenfassung des Vortrages

## "Burgfrieden" (Schenkenzell) – "Mayerschaft" (Bergzell)

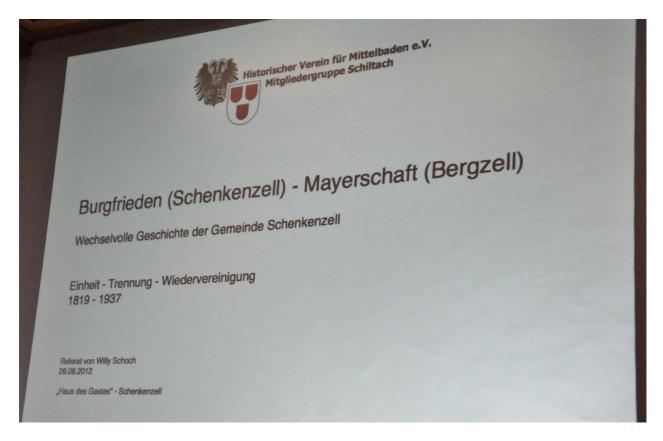
## Wechselvolle Geschichte der Gemeinde Schenkenzell

mit Willy Schoch, Verwaltungswirt a. D.

Dienstag, den 26. Juni 2012 im "Haus des Gastes", Schenkenzell

Mit Herrn Willy Schoch, Verwaltungswirt a. D., konnten der Historische Verein Schiltach und die VHS Schiltach/Schenkenzell einen anerkannten Experten für einen Vortrag zur Schenkenzeller Heimatgeschichte gewinnen. Schoch, der auch als Mitglied des Initiativkreises der Schiltacher Mitgliedergruppe aktiv ist, beschäftigt sich seit Jahren schon mit der Vergangenheit seiner Heimatgemeinde.

In den letzten Monaten arbeitete er intensiv an einem heute fast vergessenen, dafür aber umso bewegenderen Kapitel der Geschichte Schenkenzells: Das Verhältnis zwischen der Talsiedlung Schenkenzell, dem "Burgfrieden" und den sie umgebenden Höfen, der "Mayerschaft", und das über einen Zeitraum von annähernd 150 Jahren hinweg. Seine detaillierten Ausführungen ergänzte er durch zahlreiche aufschlussreiche Zitate, die die Zuhörer an jenen emotionsgeladenen Ereignissen eindrucksvoll teilhaben ließen. Ausgewählte historische Karten, Bilder, Dokumente und Urkunden aus verschiedenen Archiven rundeten diese gelungene Präsentation ab.



Peter Rottenburger begrüßte im Namen der Veranstalter den Referenten und die Zuhörer (der Mehrzweckraum war bis auf den letzten Platz besetzt) und bezeichnete den nun folgenden

Vortrag einen Beitrag der Historiker zum zurückliegenden großen Dorf- und Bezirkstrachtenfest, das am Wochenende 24./24. Juli 2012 mit großem Erfolg gefeiert wurde. Da Besucher aufgrund der begrenzten Platzverhältnisse abgewiesen werden musste, erklärte sich Schoch spontan bereit, seinen Vortrag im Herbst für alle Interessierten zu wiederholen.

Zum besseren Verständnis erläuterte Schoch die heute im allgemeinen Sprachgebrauch nicht mehr gebräuchlichen Begriffe "Burgfrieden" und "Mayerschaft". Aufgrund der Fülle der von ihm zusammengetragenen Informationen gliederte er seinen Vortrag in acht Kapitel:

- 1. Herrschaft und Gemeinde
- 2. Gemarkung, Grenzverlauf, Bevölkerung und Wirtschaft
- 3. Trennung von Mayerschaft und Burgfrieden 1819
- 4. Weg zum gemeinsamen Rathaus 1874
- 5. Vereine und Dienstpersonen während der Trennung
- 6. Bau einer gemeinsamen Schule 1874/1911
- 7. Kuhbacherhof 1936
- 8. Eingemeindung von Bergzell 1937

Zu Beginn stellte Schoch die **Herrschaftsverhältnisse** seit dem Hochmittelalter dar. Erwähnung fanden zuerst die Schenken des Grafen von Freiburg (1. Hälfte 13. Jh.), denen Schenkenzell seinen Namen verdankt, die Besitzwechsel an die Herren von Geroldseck (frühes 14. Jh.), die Grafen von Fürstenberg (1498/1500) und schließlich die Eingliederung ins Großherzogtum Baden (1806). Verdeutlichen konnte er die Entwicklung durch die Präsentation alten Kartenmaterials, das im Fürstlich-Fürstenbergischen Archiv in Donaueschingen aufbewahrt wird, wie die Menzinger-Karte der F.F. Herrschaft Kinzigtal (1655) sowie eine Karte der F.F. Gerichtsstäbe des Kinzigtals.

Über Jahrhunderte bildete der Stab Schenkenzell mit dem Burgfrieden und der Mayerschaft eine **Gemeinde**, trotzdem war der Burgfrieden gesondert vermarkt. Ein letzter von ehemals 18 Grenzsteinen, der noch aus der fürstenbergischen Zeit stammt, ist bis heute erhalten geblieben und stellt ein besonderes Kleinod dar. Der **Grenzverlauf** des Burgfriedens ist heute anhand einer Beschreibung aus dem Jahre 1493 noch nachvollziehbar und erstreckt sich an den Hängen entlang um das im Talgrund liegende Dorf Schenkenzell. Die Einwohner hatten besondere Rechte, so durften sie "mit den Händen" für den Eigenbedarf fischen und die Dorfmühle mahlte das Getreide der Bürger gegen eine Naturalabgabe. An den Zufahrtsstraßen standen große Grenzsteine mit der Aufschrift BVRGFRIT und zeigten jedermann an, dass innerhalb dieses Bezirks begangene Delikte weitaus härteren Strafen unterworfen waren als Vergehen im Außenbereich. Aus der Bevölkerung des Burgfriedens wurde der Stabsvogt gewählt, den Gerichtsmann stellte die Mayerschaft, es gab *eine* Verwaltung und die Amtsgeschäfte wurden vom Gasthaus "Sonne" aus geführt.

Weder Burgfrieden noch Mayerschaft besaßen in größerem Umfang Liegenschaften. Gemeinschaftlich waren jedoch ein Schulhaus, eine Feuerspritzenremise, ein Bürgerarrest und ein Armenhaus. Für den Stab Schenkenzell wird 1777/78 eine Einwohnerschaft von 664 (erwachsenen) Personen angegeben, Anfang des 19. Jh. lag die Einwohnerzahl bei 847 Personen.

Die **Bevölkerung** des Burgfriedens (Dorf Schenkenzell) wird in einer Beschreibung von 1812 abgesehen von einigen Wirten, Müllern, Bäckern, anderen Handwerkern und dem Bauern auf dem Hofgut "Bühlhof" überwiegend als Tagelöhner beschrieben, die ihren Lebensunterhalt mühsam und kümmerlich verdienten. Anders stellte sich die Situation in der Mayerschaft dar, die aus 26 Hofgütern mit reichlich Waldbesitz bestand. Jeder Hof führte sein eigenes Hofzeichen, eine Art "Herrschaftsinsignium" und mancher wohlhabende Waldbauer fühlte sich wie ein kleiner

Fürst. Die **wirtschaftlichen Verhältnisse** änderten sich erst langsam durch den Bau von Kinzigtalstraße und Eisenbahn im ausgehenden 19. Jahrhundert.



Der Referent legte dar, dass sich über die Jahre reichlich Meinungsverschiedenheiten gebildet hätten, die zum einen in den wirtschaftlichen Verhältnissen, zum andern im Stolz und der Herrschsucht einzelner Personen zu suchen waren. Schoch ging nun der Frage nach, welche Gründe schließlich bei der **Teilung der Gesamtgemeinde** ausschlaggebend waren. Er spannte dazu einen weiten Bogen, beginnend mit der Völkerschlacht bei Leipzig (1813). Auf ihrem Rückzug machte die französische Armee auch im Dorf Schenkenzell Halt und quartierte sich bei der Bevölkerung ein, was eine schier unerträgliche Belastung darstellte. Die Bauern der Mayerschaft kamen mit der Lieferung von Heu und Stroh davon. Um die vorgesehene, viel zu knapp bemessene Entschädigung begann ein erbittertes Ringen, was den Unmut der Bauern gegenüber der Dorfbevölkerung weiter nährte. Bereits ein Jahr später gab die bevorstehende Vogtswahl (erst 1831 wurde der "Vogt" durch den "Bürgermeister" abgelöst) erneut Grund zum Hader. Entgegen der bisherigen Gepflogenheit präsentierte die Mayerschaft mit Andreas Haberer vom "Kuhbacher Hof" einen Gegenkandidaten, der sich jedoch nicht durchsetzen konnte.

Haberer war ab jetzt jedoch Wortführer der Betreiber einer Loslösung. Allerdings war auch die Mayerschaft in zwei Lager gespalten: Einerseits die wohlhabenden Waldbauern, andererseits die kleinen Bürger und Gütler, die steigende Lasten auf sich zukommen sahen und ihre Zustimmung verweigerten. Erst durch weitreichende Zusagen der Bauernschaft konnten sie schließlich für den Plan gewonnen werden. Alle Versuche der Loslösung scheiterten jedoch vorerst am Widerstand der badischen Regierung. Erst eine schriftliche Verpflichtung, dass weder Kirche noch Schule unter der Trennung leiden sollten, brachte die Befürworter ihrem Ziele näher. Nach erbittert geführten Verhandlungen und mehreren Änderungen und Nachbesserungen wurde die **Trennungsurkunde** im Januar 1819 schließlich unterzeichnet, allerdings nur von Vertretern der Mayerschaft. Anstelle der fehlenden Unterschriften der Bevollmächtigten des Dorfes wurde ein entsprechender Erlass des Innenministeriums gesetzt. Der damalige Ortspfarrer Johannes Ignaz Morherr gestand Jahre später seinem Arzt, dass er, von der Obrigkeit zu einer Stellungnahme aufgefordert, nach einem quälenden Entscheidungsprozess lediglich um des

Friedens in der Bevölkerung willen der angestrebten Trennung zugestimmt habe. Übrigens hat der schmucke restaurierte Grabstein von Pfarrer Morherr (1765-1832) noch heute einen Platz auf dem Schenkenzeller Friedhof. Die neue Gemeinde erhielt den Namen Bergzell, der Ortsteil Burgfrieden behielt seinen eigentlichen Namen Schenkenzell. Die Folgen der Trennung entbehren nicht einer gewissen Ironie: Beide Gemeindeverwaltungen residierten im Gasthaus "Sonne", beide Gemeinden teilten sich Kirche, Schule und Feuerwehr – und waren damit unlöslich miteinander verflochten.

Die Bauern scheuten sich auch nicht, sich die Loslösung etwas kosten zu lassen. Die künftig anfallenden Kosten für die gemeinschaftliche Verwaltung von Kirche und Schule sollten jeweils zu 2/3 von der Mayerschaft und zu 1/3 vom Dorf übernommen werden.

Zum **gemeinsamen Rathaus** wusste Willy Schoch zu berichten, dass Anfang der 1870er Jahre den beiden Gemeinden von Amts wegen immer wieder nahegelegt wurde, das bestehende Schulhaus zu erweitern oder neu zu bauen. 1873 ergab sich die Möglichkeit – und darin waren sich beide Gemeinden einig – das Lindenwirtshaus zu ersteigern, abzureißen und einen Neubau mit Schulräumen, Lehrerwohnungen und zwei Amtsräumen als Verwaltungssitz zu erstellen. Bereits im April 1874 wurden die Schulsäle und die Wohnungen bezogen, um die beiden Amtsstuben entbrannte aber wieder ein erbitterter Streit. Das der Straße zugewandte, etwa 6 m² größere Zimmer wurde von beiden Gemeinden beansprucht. Den Sommer über wurde intensiv getagt und beraten, schließlich forderte Bergzell einen Losentscheid. Schenkenzell schuf Fakten und bezog die vordere Amtsstube, was die Bergzeller zu einer Beschwerde auf Unterlassung beim Wolfacher Bezirksamt veranlasste. Zudem drohte Bergzell deutlich mit einer Klage und Beschreiten des Rechtsweges. Nach fünfmonatigem Gezänk lenkte Bergzell schließlich ein und bezog den hinteren Raum. Danach arbeiteten die beiden Gemeindeverwaltungen 62 Jahre friedlich nebeneinander.



Daraufhin warf der Referent einen Blick auf **Vereine und Dienstpersonen** zu Zeiten der Trennung. Im Gegensatz zur politischen Führung, wo es immer wieder zu Streitigkeiten und Profilierungsversuchen kam, war das Verhältnis zwischen den Einwohnern ausgesprochen gut. Schoch führte hierzu Beispiele an, zunächst den Musikverein, dessen Mitglieder aus beiden Gemeinden stammten und die bei mancher "Nachprobe" gemeinsam dem Durst zuleibe rückten, wozu er zur Freude der Zuhörer eine köstliche Anekdote parat hatte. Auch das Verhältnis der Mitglieder des gemeinsamen Krieger- und Militärvereins war ohne Spannungen.

Dienstpersonen wie die Hebamme und der Orts- und Polizeidiener, versahen im Auftrag beider Gemeinden ihren Dienst. Die Hebamme wurde von den Frauen – die damals politisch noch kein Wahlrecht hatten – aus beiden Gemeinden gewählt. Dieser Hebammendienst funktionierte im Tal und auf den Höhen ohne Probleme. Nicht immer einfach war der Stand des Orts- und Polizeidieners. Am Beispiel von Andreas Kopp (1837-1919) aus dem Grubersgrund zeigte er dessen Aufgaben und sein gewissenhaftes Dienstverständnis auf. Aus dem Gemeindearchiv zitierte der Referent einige amüsante Vorkommnisse und Kopps spezielle Art, wie er mit ihnen umging.

Differenzen dagegen kamen im Umgang mit dem gemeinsamen Feuerlöschwesen und den damit verbundenen Kosten zur Sprache. Die Bergzeller argumentierten, dass ihre Anwesen alle weit verstreut und zudem strohgedeckt seien, daher komme im Brandfall sowieso jede Hilfe zu spät, sodass man keine weiteren Kosten für die Feuerwehr mehr tragen wolle. Die Schenkenzeller gaben zu bedenken, dass sie keine Gespanne hätten um die Feuerspritze an den Einsatzort zu bewegen und daher Hilfe aus Bergzell benötigten. Der Streit musste durch das Großherzogliche Innenministerium beigelegt werden: Bergzell wurde zur Bespannung der Spritze und Schenkenzell zur Stellung der Löschmannschaft verpflichtet. Die Kosten der Wehr sollten nun zu 2/3 von Schenkenzell getragen werden, was bis zur Wiedervereinigung dann auch nie mehr in Frage gestellt wurde.

Bereits zuvor wurde auf den Bau des **Schul- und Rathauses im Jahre 1874** hingewiesen, nachdem die Zahl der Schüler und Schülerinnen über Jahre stetig angestiegen war. Länger schon drängte die Schulbehörde auf eine Vergrößerung der Schulstube, was aus finanziellen Gründen und aufgrund von Widerstand seitens Bergzell bisher aufgeschoben wurde. Mit dem Neubau des Schul- und Rathauses besserte sich die schulische Situation erheblich – die Probleme zwischen den beiden Gemeinden hingegen blieben. Bergzell zog seinen ursprünglich vereinbarten Kostenanteil von 2/3 in Zweifel. Gestützt auf ein neues Schulgesetz sollte nun die Einwohnerzahl als Verteilungsschlüssel maßgebend sein, wogegen sich Schenkenzell zunächst vehement wehrte und mit einem Antrag auf Wiedervereinigung sowie weitergehenden Maßnahmen wie Beschwerde und Prozess drohte. 1881 einigte man sich auf einen neuen Kostenschlüssel, wonach Bergzell 11/18 und Schenkenzell 7/18 rückwirkend ab 1877 und für 25 Jahre übernehmen sollten.

Dies ging solange gut, bis die beiden Gemeinden 1908/10 verpflichtet wurden, ein neues Schulhaus im Heilig-Garten zu bauen. Wieder traten die Differenzen hinsichtlich der Kostenübernahme offen zu tage. Anträge und Gegenanträge folgten bis die Gemeinde Schenkenzell Klage erhob. Am 20. September 1911 traf der Großherzoglich Badische Verwaltungsgerichtshof seine Entscheidung bezüglich den ursprünglichen Vereinbarungen der Trennungsurkunde sowie dem bevorstehenden Bau- und dem künftigen Unterhaltungsaufwand. Die Gemeinden erkannten das Urteil an – und teilten sich die Neubaukosten redlich.

Im Südwesten der Gemarkung von Bergzell lag das Gebiet "Kuhbacherhof", einst Heimat des Bauernvogtes Andreas Haberer. Der Kuhbach bildete die natürliche Grenze zur Gemeinde Kinzigtal, die Kinzig gegen Schiltach hin. Das Hofgut wurde 1859 von Schiltacher Bürgern erworben und aufgeteilt, der Hof abgerissen. Durch die ehemalige Hofstatt führt seit 1886 die Bahnlinie. Seit 1932/33 gab es von Seiten Schiltachs Bestrebungen um Eingemeindung des

direkt vor den Toren der Stadt liegenden Areals zuzüglich des Haldenhofes. Bergzell lehnte ein entsprechendes Ansinnen entschieden ab. Innenministerium, Bezirksamt Stadtverwaltung Schiltach ließen trotz Widerstand der betroffenen Einwohner Grundstückseigentümer nicht locker. Zum 01. April 1936 wurde die Eingliederung von 42 Grundstücken (Fläche 23,86 ha) des Bereiches Kuhbacherhof in die Gemarkung der Stadt Schiltach vollzogen. Bergzell erhielt eine auf Basis des Steuerausfalls errechnete Abfindung von 4.700 RM.



Bergzell hatte sich in seiner Selbständigkeit eingerichtet, für Schenkenzell hingegen überwogen die Nachteile. Daher gab es von dort immer wieder **Versuche der Eingemeindung**, darunter 1874, 1900, 1906, 1911 und 1924. Die Badische Haushaltsnotverordnung vom 09. Oktober 1931 ermöglicht es dem Staatsministerium, Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern – betroffen waren 40% aller badischen Gemeinden – per Anordnung aufzuheben und einzugemeinden. Auch der Bürgermeister von Bergzell mit damals 486 Einwohnern (bereits geschwächt durch die Abtretung des Gebietes "Kuhbacherhof") erhielt vom Landrat eine Einladung zur Aussprache mit Vertretern der Gemeinde Schenkenzell. Die Gespräche verliefen wie zu erwarten war, Bergzell lehnte eine Eingemeindung unter Hinweis auf die Erfahrungen von vor 1819 kategorisch ab, was auch dem Ministerium des Innern unmissverständlich mitgeteilt wurde. Unter Hinweis auf den gefährdeten Frieden beider Gemeinden stützte auch Ortspfarrer Carl Biehler (wie schon Pfr. Morherr 113 Jahre zuvor) die Position Bergzells.

Behördlicherseits herrschte nun vier Jahre Stillschweigen bis der NS-Reichsstatthalter das Thema Eingemeindungen aufgriff und weitertrieb. Eine Verhandlung im Oktober 1935 auf dem Rathaus unter Regie des Bezirksamtes Wolfach führte Bürgermeister Leopold Bühler von Bergzell die Unausweichlichkeit einer **Eingemeindung** vor Augen. Obwohl sich daraufhin Gemeinderat und Bürger von Bergzell nochmals vehement für die Selbständigkeit aussprachen, wurde die Angelegenheit 1936 durch den NS-Reichsstatthalter entschieden: Bergzell verliert zum 31. März

1937 die Eigenständigkeit. Die noch anstehenden Fragen wurden zwischen den beiden Gemeinden einvernehmlich geklärt.

Am 01. April 1937 fand im beflaggten Rathaus eine schlichte Feierstunde statt, bei der Schenkenzells Bürgermeister Josef Armbruster die Bergzeller Bürger in der neuen Gesamtgemeinde willkommen hieß. Weitere Redner waren u. a. Landrat Dr. Wagner (Wolfach), NSDAP-Ortsgruppenleiter Vornfett (Schiltach) und Bürgermeister Groß (Schiltach). Abschließend blickte Bergzells Bürgermeister Leopold Bühler (Christleshof) auf die lange, zielgerichtete und erfolgreiche Tätigkeit der Gemeindeverwaltung Bergzell zurück. Bühler leitete die Gemeinde als ehrenamtlicher Bürgermeister 23 Jahre treu und vorbildlich und trat mit der Eingemeindung seinen Ruhestand an. Einem 1947 nochmals unternommenen Versuch, die Eingliederung rückgängig zu machen, war kein Erfolg beschieden, damit war Bergzell endgültig wieder Bestandteil der **Gesamtgemeinde Schenkenzell** geworden.



Peter Rottenburger dankte Willy Schoch für seine detaillierten Ausarbeitungen, die den Zuhörern einen lebendigen Eindruck von den Unabhängigkeitsbestrebungen bis hin zur Wieder-Eingemeindung Bergzells gaben. Nach einer kurzen Fragerunde meldete sich Schenkenzells Altbürgermeister Paul Armbruster zu Wort und erheiterte die Zuhörer mit einer kuriosen Begebenheit aus Schenkenzells Flößervergangenheit. Abschließend lud Dr. Hans Harter alle Schenkenzeller in die umgestaltete Werner-Leonhard-Ausstellung nach Schiltach ein (täglich bis 30.09.12), die neben einem Portrait der Haldenbäuerin am Spinnrad nun auch ein Gemälde der Konradshofbäuerin sowie Landschaftsimpressionen vom Fräulinsberg präsentiert.

Wie bereits in der Einleitung angedeutet, kündigte Willy Schoch angesichts der großen Nachfrage an, seinem Vortrag eine Wiederholung folgen zu lassen. Dieser knapp zweieinhalb stündige Vortrag fand am Donnerstag, 08. November 2012 wiederum im "Haus des Gastes" statt, wozu der Referent erneut über 70 Zuhörer begrüßen konnte. Schoch hatte in der Zeit zwischen den beiden Vorträgen weiter geforscht und konnte seinem Vortrag ein weiteres Kapitel hinzufügen:

## 9. Erneute Trennungsabsicht Bergzells nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Referent fand im Gemeindearchiv reichlich Aufzeichnungen, dass die Träume von der Selbständigkeit Bergzells mit der Eingemeindung 1937 noch nicht erloschen waren. Noch 1945 gab es erste Stimmen, die die erneute Loslösung forderten. Dabei meinte man sich auf die viel debattierte "Wiedergutmachung nationalsozialistischer Gewaltherrschaft" stützen zu können. Im Juli 1946 ging beim Landratsamt Wolfach der erste Ausgemeindungsantrag ein, der von dort wieder der Gemeindeverwaltung Schenkenzell zur Stellungnahme vorgelegt wurde. Angesichts der im September anstehenden Gemeindewahlen wollte Bürgermeister Ruf die Angelegenheit seinem Nachfolger und dem dann gewählten "neuen Gemeindekollegium" überlassen. Dieses Gremium mit dem neu gewählten Bürgermeister Andreas Haas verfasste Ende Oktober eine ablehnende Stellungnahme.

Schoch warf nun einen Blick auf die Betreiber der Loslösung, die er vor allem auf den beiden Kaibachhöfen und beim Christles- und Baschesbauer fand. Die Unterstützerunterschriften für den Trennungsantrag wurden den Akten zufolge mit vielerlei Versprechungen und mitunter auch unlauteren Methoden erkauft. Das ganze Unternehmen entpuppte sich schließlich als Fehlschlag, was die Betreiber einer Loslösung jedoch nicht von weiteren Schritten abhielt.

Wieder wurden Unterschriften gesammelt, wobei der Widerstand gegen eine erneute Trennung allerdings spürbar größer wurde. Seltsamerweise fanden die Befürworter einer Ausgemeindung Unterstützung im ehemaligen Schiltacher Bürgermeister Groß, der die Gemeinde Bergzell 14 Jahre zuvor um den "Kuhbacher Hof" brachte und die 1937 deren Eingemeindung nach Schenkenzell unterstützte. Der schwindende Rückhalt in der Bevölkerung hielt die Initiatoren nicht davon ab, im Frühjahr 1948 an den Badischen Landtag (Freiburg) und den Landtagsabgeordneten Schäuble (Hornberg) Petitionen zu richten. Schäuble wurde vom Landtag daraufhin beauftragt, sich vor Ort ein Bild der Verhältnisse zu machen. Hierzu wurde eine Bürgerversammlung anberaumt. Aufgrund verschiedener Vorkommnisse sah sich Bürgermeister Haas jedoch veranlasst, für die Bürger Bergzells und Schenkenzells jeweils getrennte Versammlungen abzuhalten, die dann am Sonntag, den 11. Juli 1948 stattfanden und an denen Schäuble als neutraler Vertreter teilnahm.

Auf der Bergzeller Versammlung im "Ochsen" verwies Bürgermeister Haas auf die geschichtlichen Verflechtungen. Kaibachbauer Josef Sum übergab eine "Erklärung der Bergzeller", die vorerst nicht auf eine Abspaltung, sondern lediglich auf eine Besserstellung abzielte, worauf Fabrikant Kautzmann dieses Ansinnen in einer persönlichen Stellungnahme

kategorisch ablehnte. Allerdings gab es auch besonnene Stimmen, die einen uneingeschränkten Verbleib bei Schenkenzell befürworteten. Schäuble wies darauf hin, dass eine Ausgemeindung im Widerspruch zum allgemeinen Trend der Zeit zur Zusammenführung und Vereinigung stehe.

Die Schenkenzeller Bürgerversammlung in der "Sonne" eröffnete Haas ebenfalls mit einem geschichtlichen Rückblick. Allgemeiner Tenor der anschließenden Wortmeldungen war die Widersinnigkeit einer Trennung, die für alle Seiten nur wieder Nachteile mit sich brächte. Schäuble gab zu verstehen, dass er sich einen Eindruck verschaffen und dabei empfinden konnte, dass die Bürger beider Gemeindeteile mehrheitlich gleich dachten und aus einer Trennung keine Vorteile abzuleiten wären. Er gab zu verstehen, dass eine Ausgemeindung von Seiten der badischen Regierung keine Unterstützung finden werde.

So war es dann auch. Das Gesuch einzelner Bergzeller Bürger auf Ausgemeindung aus der Gemeinde Schenkenzell vom 23. März 1948 wurde vom Badischen Landtag während seiner 31. Plenarsitzung am 13. August 1948 abgelehnt. Damit fand das Kapitel "Trennung" seinen endgültigen Abschluss.

\*\*\*\*

Dieser Bericht konnte in seiner Ausführlichkeit nur mit freundlicher Unterstützung durch den Referenten angefertigt werden. Dafür ein herzliches Dankeschön. Die Fotos wurden von Reinhard Mahn aufgenommen.

Wie angekündigt, hat Willy Schoch die am 08. November 2012 erhobenen Eintrittsgelder an den Schenkenzeller Kindergarten St. Luitgard gespendet. Für diese freundliche Geste herzlichen Dank!

Schiltach, den 03. Juli 2012 / 16. November 2012

Reinhard Mahn